

Kantonsrat
Parlamentsdienste

Justizkommission
Antrag

Vom 15. Oktober 2009

Nr. VI 177/2009

Volksinitiative zur "Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden"

Beschlussesentwurf

Volksinitiative zur "Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden"

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 31 sowie Artikel 32 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986 ¹⁾ und § 41 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes vom 24. September 1989 ²⁾, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 22. September 2009 (RRB Nr. 2009/1745), beschliesst:

1. Die Volksinitiative zur "Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden" wird für gültig erklärt.
2. Der Initiative wird zugestimmt.
3. Der Regierungsrat wird beauftragt, innert zwei Jahren einen dem Begehren entsprechenden Beschlussesentwurf vorzulegen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsidentin

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

1) BGS 111.1.

2) BGS 121.1.

Rechtsmittelbelehrung

Stimmrechtsbeschwerde nach Artikel 82 litera c Bundesgerichtsgesetz beim Bundesgericht, innert 30 Tagen seit Zustellung.

Für die Justizkommission

Präsident:	Aktuarin:
Konrad Imbach	Pascale Füeg

Sprecher/in der Kommission: Yves Derendinger, Vizepräsident

Die Stellungnahme des Regierungsrats folgt später.